

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1924**

456 (24.10.1924) Morgenausgabe

# Badische Presse

Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung  
Verbreiteste Zeitung Badens.  
Karlsruhe, Freitag den 24. Oktober 1924.

Gesamtes und Verlagsamt  
Verlag: Dr. Walter Schneider.  
Bredel: Dr. Walter Schneider.  
Redaktion: Dr. Walter Schneider.  
Geschäftsstelle: Karlsruhe, Marktstr. 10.  
Postfach: 1000.  
Telefon: 1000.

## Der Prozeß gegen die Organisation Consul.

### Abbruch der Vernehmung der Angeklagten.

III. Leipzig, 23. Okt. (Drahtbericht.) Nach der Vernehmung des Angeklagten Wegelin wurde der Zeuge Bah vernommen. Der Zeuge spricht außerordentlich unverständlich. Er schildert, daß die Witwe des Wegelin ihm von dem Schriftsteller Dittich übergeben worden sei. Es kam zwischen ihm und Dittich zu Differenzen. Er habe dann sofort seine Entschuldigung gegeben, daß es sich um eine Waise und Wittib handelte, der Polizeibehörde mitgeteilt. Mit dem Angeklagten Wegelin habe er kein Wort über diese Angelegenheit gesprochen. Ferner macht der Zeuge darauf aufmerksam, daß Bedenken wegen seines Geisteszustandes geltend gemacht worden seien. Darauf erklärt Zeuge, Schriftsteller Dittich, er habe sich nicht über den Inhalt der Rufe informiert und wisse sich auch nicht zu entsinnen, ob Wegelin davon wußte, daß er die Rufe zur Bahn gebracht hat. Der Präsident wendet sich dann zum Angeklagten Hoffmann und fragt ihn, ob er irgend etwas mit dem Erzbergermord oder dem Fall Scheidemann zu tun hatte. Der Angeklagte Hoffmann antwortet, daß die Angeklagten Killinger und Kautter, sowie Müller haben nichts darüber zu sagen. Der Reichsanwalt sagt dann, ob der Angeklagte Müller als Gründer der Organisation „Wiking“ oder der „D. C.“ anzusehen sei. Angeklagter Müller: „Ich würde es mir zur Ehre anrechnen, als Gründer der Organisation angesehen zu werden.“ Er stellt dann nochmals fest, daß der erste Entwurf der Statuten noch gar nicht die Gründung der Organisation bedeutete. Der Präsident fragt den Angeklagten Müller, ob er an den Statuten mitgearbeitet habe. Müller antwortet, daß die Statuten des Wiking mit den Statuten der D. C. nichts zu tun haben. Rechtsanwalt Hahn nennt, auf die Vorgänge in der letzten Sitzung zurückkommend, den Reichspressesekretär Dr. Spieder, der über die Verhältnisse in Oberschlesien während des Polenaufruhres Auskunft geben könne. Rechtsanwalt Gewalt wünscht einen Gerichtsbeschluss über die beantragte Vernehmung der Breslauer Referendar, die befunden sollen, daß der Angeklagte Koppe ein juristisch Gutachter über den Statutenentwurf der D. C. von ihnen erbeten habe. Der Vorsitzende erklärt, daß sich das Gericht bereits schlüssig geworden sei und diese Zeugenvernehmung als unerlässlich abgelehnt habe. Angeklagter Kautter bittet, eine kurze Stelle aus der Rede des Reichsanwalters Wirtz verlesen zu dürfen, die ganz tendenziös eingeklebt sei. Er verliest die Mitteilungen, die Wirtz im Reichstage gemacht hat und bei denen er sich auf ein Verhör beziehe, das ihm erstattet wurde, bevor noch die Untersuchung abgeschlossen war. Der Reichsanwalt habe als erster Beamter Kenntnis von den Akten bekommen entgegen den Gepflogenheiten, in ein schwerendes Verfahren nicht einzutreten und so eine tendenziöse Weitergabe der Beurteilung der Statuten auf diese Weise in der öffentlichen Meinung festgelegt. Auch Scheidemann habe in derselben Sitzung die „D. C.“ eine Mörderorganisation genannt. Daher komme es auch, daß der Begriff „Feme“ in einer ganz anderen Weise ausgelegt wurde, als er von den Angeklagten gedacht gewesen sei. Der Präsident erklärt darauf, daß damals wohl der Verdacht begründet war, daß eine gewisse Mörderzentrale vorhanden sei, denn die festgestellten worden sei, waren Tilleßen und Schulz in der 2. Abteilung der „D. C.“ unter Killinger tätig. Rechtsanwalt Hahn erklärt, es müsse festgestellt werden, daß der Vorwurf, die ganze „D. C.“ sei eine Mörderzentrale, verneint wird. In der weiteren Aussprache über die Ziele der Zeitschrift „Wiking“ und über das Vorwort der Zeitschrift wird auf Veranlassung von Rechtsanwalt Lütgebrune der Artikel „Was ist reaktionär“ verlesen, der als typisch für die Geistesverfassung der Angeklagten und ihre Bestrebungen gelten soll; ebenfalls wird der Leitartikel der „Wiking“ verlesen. Nach weiteren Erörterungen über die Statuten folgt die Vernehmung des Angeklagten Hahn, der insbesondere über seine Verbindung zu Tilleßen und Schulz vernommen wird. Er bekennt, daß er mit Tilleßen und Schulz über politische Ereignisse nicht mehr gesprochen habe, als man zu sprechen pflege. Auf weiteres Befragen des Präsidenten erklärt er, daß er sich lediglich und ausschließlich für Oberschlesien zur Verfügung gestellt hätte. Mitglied der „D. C.“ sei er nicht, wenn ihm auch die Ziele nicht unbekannt gewesen seien. Von einer gewaltsamen Beseitigung der Regierung oder einzelner Mitglieder der Regierung sei nie die Rede gewesen. Nach einer kleinen Pause wird der Angeklagte Henkel vernommen, der auf die Frage des Vorsitzenden Auskunft gibt, wie er mit dem Freiherren von Zedlitz-Neudorf in Verbindung gekommen sei. Der Vorsitzende will daraufhin den Befehl zur Verlesung bringen, der die Aufstellung des Regiments Süd betrifft. Verteidiger Sachs erhebt Einspruch, da mit der Verlesung dieses Befehls der Zweck des gestrigen erzielten Anschlusses der Öffentlichkeit illusorisch gemacht werde. Der Vorsitzende stellt fest, daß es sich bei dem Anschluß der Öffentlichkeit um die Beziehungen der „D. C.“ zur Regierung gehandelt habe. Justizrat Hahn verlangt, daß endlich in aller Öffentlichkeit der wirkliche Zweck der „D. C.“ festgestellt werde, damit endlich die Behauptungen von einer innerpolitischen Mörderzentrale, die bereits wieder in der Presse auftauchen, zum Schweigen gebracht werden. Der Befehl der Organisation Consul, der die Aufstellung des Regiments Süd für den Abwehrkampf in Oberschlesien regelt, wird dann doch verlesen. Dem Angeklagten Henkel ist vom Jungdeutschen Orden gedrückt worden, wenn er weiter für Oberschlesien werben werde, man ihn der Staatsanwaltschaft anzeige. Daraufhin hat Henkel seinen Austritt aus dem Jungdeutschen Orden erklärt und ihm Verrat an der nationalen Sache vorgeworfen. Sein Brief an den Großmeister des Ordens wird verlesen, in dem er erklärt, daß in keiner Weise ein Rechtsputsch beabsichtigt sei. Rechtsanwalt Lütgebrune fragt den Angeklagten Henkel, ob der Angeklagte sich über das Bestehen der Statuten im Klaren war. Der Angeklagte sagt aus, daß er hierüber sich keine Kopfschmerzen gemacht habe. Der Angeklagte Seffner (Leipzig) war als Feldartillerist im Felde, dann Leipziger Zeitfreiwilliger. Er betrachtet sich als Angehöriger der Organisation Consul. Seinen Verpflichtungsschein hat er wohl erhalten, nicht aber zurückgegeben. Er kam aber mit Krebs in Verbindung, der der „D. C.“ angehörte. Die militärischen Ziele der „D. C.“ waren die Niederwerfung des Polenaufruhres in Oberschlesien. Die Vernehmung des Angeklagten Frißsch, der 1914 als Kriegsfreiwilliger ins Heer eingetreten ist und der auch als Zeitfreiwilliger tätig war, ergibt, daß er auch die Vorbereitungen gemacht hat sich zu nichts zu verpflichten, was gegen die Regierung ginge. Der Vorsitzende beschließt aus diesem Vorbehalt, daß es nach den Statuten nachfolgend, daß etwas gegen die antinationale Regierung beabsichtigt sei, wird aber vom Angeklagten bestritten, daß hier von einer Bekämpfung der Verfassung und zwar nur in Wort und Schrift, wie es das Recht jedes Staatsbürgers sei, gesprochen werde und keinesfalls von einem Kampf gegen die Regierung. Auch diese Vernehmung spitzt sich sehr darauf zu, daß es sich bei den Statuten nur um einen Entwurf handelte. Rechtsanwalt Lütgebrune kündigt den Antrag an, den Rechtsanwalt Meißner darüber zu vernehmen, daß der Angeklagte Frißsch bereits Juli dieses Jahres in der Anklageschrift, die ihm zugewandt war, dieses Organisationsstatuta schriftlich als Entwurf bezeichnet hat. Angeklagter v. Abendroth, Korvettenkapitän, war ebenfalls Angehöriger der Marinebrigade und Vorsitzender des Vereins ehemaliger Marine-Angehöriger, nachdem er im Mai 1921 seinen Abschied genommen hatte. Den Statuten habe er keine Bedeutung beigemessen. Er habe immer die Auffassung gehabt, daß die bestehende Regierung gestürzt werden müsse, da jeder andere Weg das Chaos bedeute. Es wird dann in eine eingehende Aussprache eingetreten, welche die Stellung Abendroths in der D. C. Markstellen soll. Gegen zwei Uhr tritt eine Mittagspause von zwei Stunden ein. Die Verhandlung wird nachmittags fortgesetzt und die Vernehmung der Angeklagten abgeschlossen. Die Verhandlung wurde auf Freitag normittag vertagt.

Wetterwolken.  
Von unserem Pariser Korrespondenten  
Dr. Friedrich Hirth.  
Paris, 19. Okt. 1924.  
Der innere Bestand des Kabinetts Herriot scheint in den letzten Wochen keine Erschütterungen erfahren zu haben, und selbst die Freunde des Ministerpräsidenten verhehlen nicht, daß die Begeisterung, mit der die Regierung bei ihrem Amtsantritt begrüßt wurde, nicht mehr in vollem Umfange anhält. Diese Opposition, die selbst in den Kreisen der Regierungsparteien immer lauter wird, richtet sich nicht gegen die Person des Ministerpräsidenten, sondern vor allem gegen seine unmittelbaren Mitarbeiter, denen vielfach vorgeworfen wird, daß sie der Aufgabe, die an sie gestellt wird, nicht vollkommen gewachsen seien. Diese Aufgabe ist natürlich außerordentlich schwierig. Die 10 Jahre von 1914 bis 1924, die vom Kriege und der Herrschaft des „Bloc National“ ausgefüllt waren, stellen eine Erbschaft dar, die beinahe nur Kassiopeen enthält. Es gibt heute niemanden in Frankreich mehr, der sich darüber im Unklaren befände, daß die Finanzgebarung während der Kriegsjahre und den nachfolgenden 5 Jahren mehr als leichtsinnig war. Es ist bekannt, daß mit England während des Krieges ein Abkommen getroffen war, nach welchem sich die Engländer verpflichteten, alles zu tun, damit der Frankentkurs auf pari bleibe. Diese Konvention war im Herbst 1919 gekündigt worden, und von diesem Augenblicke an erfolgte die fortschreitende Valfall des französischen Franken, die man am schlagendsten aus der Tatsache erkennen kann, daß im August 1919 hundert Schweizer Franken heute 370 französische Francs kosten, also eine Entwertung um mehr als 280 Prozent. Nun war allerdings schon 1917 der Finanzminister Ribot darauf aufmerksam gemacht worden, daß der Franc einer Katastrophe entgegengehe, wenn nicht bestimmte Vereinbarungen mit England abgeschlossen würden, wonach dieses auch nach dem Kriege die Sühnungszahlung für die französische Devisen fortsetzen würde. Es ist zweifelhaft, ob Ribot ein solches Abkommen nicht schließen wollte oder nicht konnte. Es gibt Leute, mit denen er freundschaftlich verkehrte und die behaupten, daß Ribot wiederholt seiner Ueberzeugung Ausdruck gegeben hatte, der Franc werde nach dem siegreichen Ausgange des Krieges weit höher stehen als das Pfund Sterling, weshalb es töricht wäre, mit England eine Valutakonvention abzuschließen. Andererseits hört man aber auch, daß Ribot eine solche Konvention nicht abschließen konnte, weil die Engländer 1917 drohten, sich aus dem damals mehr als zweifelhaften Kriegsunternehmen zurückzuziehen, wenn Frankreich über den Krieg hinaus finanzielle Hilfeleistung fordere. Wie dem auch sei, die Krise des französischen Franken, die immer wieder nur mit dem Aufgebote der stärksten Mittel beschworen werden kann, stellt eine der schlimmsten Lasten dar, die das Kabinett Herriot im Juni 1924 vorfand. Vielleicht hat die Regierung Recht, wenn sie behauptet, daß das unpatriotische Treiben der Oppositionspresse, wozu vor allem der „Temps“ gehört, den französischen Frankentkurs schwer schädige, weil diese Presse fortwährend Alarmrufe ausstößt, die ihre Rückwirkung auf den internationalen Finanzmarkt nicht verfehlen können. Aber so einfach ist die Erklärung für die fortwauernde Schwäche des Franken doch auch nicht, wie es auch nur Augenaugenscheinlich ist, was Rennes in der Vorrede seines Buches „Die Währungsreform“ mit Recht hervorhebt, daß jedesmal, wenn der Franc fällt, ein paar Ausländer aus Paris ausgewiesen werden, weil deren Spekulationen den Frankentkurs ungünstig beeinflussen. Wenn der Franc schwach ist, muß das einseitig auf die französische Finanzlage zurückgeführt werden, die ins Gleichgewicht zurückzuführen der „Bloc National“ niemals ernsthaft unternommen hatte. Allerdings raffte er sich im März 1924, als das Pfund 126 erreichte, dazu auf, eine Steuerreform in aller Hast durchzuführen; aber mit Ausnahme der allgemeinen Steuererhöhung von 20 Prozent blieben die wichtigsten Punkte dieser Reform unausgeführt. Für das Kabinett Herriot gestaltete sich die Situation dadurch schwierig, daß die Parteien, die in der jetzigen Kammer die Regierungsmehrheit bilden, die Finanzreform Poincarés abgelehnt, und während der Wahlbewegung deren Abschaffung versprochen hatten. Dieses Versprechen scheint vorläufig nicht eingelöst werden zu können, die 20prozentige Steuererhöhung wird im Budget für 1925 ebenso aufrecht erhalten bleiben, wie die mit 110 Prozent festgesetzte Geschäftsumsatzsteuer. Dadurch befinden sich die Radikalsozialisten, von den Sozialisten ganz zu schweigen, ihren Wählern gegenüber in Verlegenheit, und die Begeisterung für den Finanzminister Clementel ist nicht einmal in Regierungskreisen sehr groß. Auch der Handelsminister Kannalyn ist bei den Regierungsparteien nicht gerade lieb und wert. Man wirft ihm vor, daß ihm bisher der Abschluß keines einzigen Handelsvertrages gelungen sei, obwohl solche insbesondere mit Belgien und Portugal dringend notwendig sind. Auch gegen den Minister des Innern, Chaumemps, werden vielfach Klagen erhoben. Eine der Hauptforderungen des Linksblocks geht dahin, daß die höheren Beamtenstellen, vor allem die Präfektenposten nur mit Parteianhängern besetzt werden würden, und daß jeder Präfekt, der sich der Gunst des nationalen Blocs erfreut, seiner Stelle entzogen werden müsse. Diese Forderung ist leichter aufzustellen als durchzuführen, weil Beamte ihre wohlverdienenden Rechte haben und in Frankreich, bevor sie nicht die Altersgrenze erreichten, nicht entlassen werden dürfen. Nun erfolgte allerdings in den letzten Wochen ein sehr starker Wechsel in den Präfekturen. Herr Chaumemps begnügte sich aber damit, Präfekten, die in einem Departement die Unzufriedenheit der neuen Mehrheit erregt hatten, in ein anderes Departement zu versetzen. Das wurde wieder als eine Verkennung der Parteipolitik aufgefaßt. Die Parteigenossen in den Ardennen z. B. wollten nicht einsehen, warum sie sich einen Präfekten gefallen lassen sollten, der im Departement Raine et Loire unmöglich geworden war. Wenig zufrieden ist man auch mit der Art der Durchführung der weltlichen Politik, die Herriot in seiner Programmrede vor der Kammer angekündigt hatte. Allerdings wurde mit der Ausweisung einzelner Kongregationen, die während des Krieges nach Frankreich zurückgekehrt waren, begonnen, aber die Maßnahme scheint nicht mit der Schnelligkeit durchgeführt werden zu können, wie es die unentwegten Radikalen wünschen. Das Kabinett Herriot scheint sich die Sache leichter vorgestellt zu haben, als sie in Wirklichkeit ist. Viele der religiösen Orden hatten während des Krieges wertvolle Dienste geleistet; unter den Ordensgeistlichen be-

## Der französisch-deutsche Handelsverkehr.

F. H. Paris, 23. Okt. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Heute werden die offiziellen Ziffern für den Handelsverkehr zwischen Frankreich und Deutschland in den ersten sechs Monaten des Jahres 1924 veröffentlicht. Sie weisen einen geradezu erschreckenden Rückgang gegenüber 1923 auf, von den Ziffern des Jahres 1913 gar nicht zu sprechen. Die Einfuhr Deutschlands nach Frankreich betrug im Jahre 1923 in Goldfranken 588 Millionen, 1924 261 Millionen. Nicht so sehr herabgedrückt ist die französische Einfuhr nach Deutschland. Diese betrug in den ersten 6 Monaten 1923 622 Millionen Goldfranken, in diesem Jahre 569 Millionen Goldfranken.

## Der Kongreß der französischen Außenhandelsräte.

F. H. Paris, 23. Okt. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Heute trat in Lyon der Kongreß der Räte für den Außenhandel zusammen. Der Direktor des Handelsministeriums, Ferruz, sprach über das französische Gesetz vom Jahre 1919, welches beim Abschluß von Handelsverträgen die Gewährung des Meistbegünstigungsrechtes für Frankreich verbietet. Er erklärte, Frankreich stehe auf dem Standpunkt, daß es für jedes Zugeständnis, welches es beim Abschluß von Handelsverträgen mache, Gegenleistungen erhalten müsse. Der nächste Redner, der Großindustrielle Alfred Hirsch, sprach über den deutsch-französischen Handelsvertrag. Er betonte die Notwendigkeit, diesen abzuschließen. Außerdem aber müßte der deutsch-französische Zolltarif vollkommen revidiert werden. In diesem Sinne wurde eine Resolution beschlossen.

## Wechsel in der Deutschnationalen Parteileitung

Hergt zurückgetreten. — Tirpitz Mitglied der Parteileitung.  
III. Berlin, 24. Okt. (Drahtbericht.) Der Parteivorstand der deutschnationalen Volkspartei hielt gestern im Reichstag eine Sitzung ab, in der an erster Stelle die Frage des Wahlkampfes erörtert wurde. Der bisherige Parteivorstand, Staatsminister a. D. Hergt erklärte entsprechend seiner bekannten öffentlichen Ankündigung, daß er den Parteivorstand niederlege, nachdem die Verhandlungen über die Regierungsumbildung ihr Ende gefunden hätten. Der Parteivorstand nahm mit Bedauern den Entschluß des hochverdienten Parteiführers zur Kenntnis, sprach ihm den herzlichsten Dank für seine erfolgreiche selbstlose Leitung der Partei aus und richtete an ihn die einmütige Bitte als Mitglied der Parteileitung weiterhin der Partei seine Kraft zur Verfügung zu stellen, die unter ihm zur stärksten Partei geworden sei. Mit der Parteiführung wurde bis zur satzungsmäßigen Neuwahl der Parteistellen, die erst Ende dieses Jahres stattfindet, der Vorsitzende der preußischen Landtagsfraktion Dr. Winkler betraut. Zugleich wurde Großadmiral v. Tirpitz einstimmig zum Mitglied der Parteileitung ernannt. Die Vorsitzenden der Landesverbände der deutschnationalen Partei werden Anfang November zu einer Sitzung zusammengetreten.

## Der Führer der Deutschen Volkspartei in Hessen Dr. Diann.

III. Darmstadt, 23. Okt. (Drahtbericht.) Heute verstarb an den Folgen eines Schlaganfalles das langjährige Mitglied des Hessischen Landtages, der Führer der Deutschen Volkspartei, Justizrat Dr. Diann. Der Verlebene war Vorsitzender des Finanzausschusses des Hessischen Landtages und in politischen Kreisen wegen seines vornehmen und lauterer Charakters beliebt.

finden sich zahlreiche, die die Ehrenlegion und das Kriegskreuz besitzen, die sie nicht als Briefträger, sondern als Frontkämpfer erlangt hatten.

Am morgigen ist natürlich die religiöse Frage in Etzlingen im Vordergrund. Daß dort bisher nichts geschehen konnte, um den bisherigen Zustand der Dinge abzuändern, und die weltliche Schulen überall einzuführen, erregt in radikal-sozialistischen Kreisen vielfachen Verdruß.

Am unbestimmtesten unter allen Ministern scheint aber der Ackerbauminister Queuille zu sein. Dies ist allgemein das Los der französischen Ackerbauminister, weil sie nur sehr schwer die Interessen der Bewohner der Städte und der Landgemeinden miteinander in Einklang bringen können.

Daß auch an den übrigen Ministern herumgekräftelt wird, sei nur nebenbei erwähnt. So wirft man dem Minister für die befreiten Gebiete, Dalbiez, vor, daß er die großen Beträge noch nicht zu fassen wußte, die sich übermäßige Versicherungen bei den Entschädigungszahlungen hatten zuschulden kommen lassen.

Vorausichtlich wird sich Herrriot in der am 4. November beginnenden neuen Kammerperiode entschließen müssen, einige Änderungen vorzunehmen. Daß das Kabinett in seiner Gesamtheit bedroht wäre, möchte man vorläufig nicht annehmen.

Abschluß der Budgetberatungen.

F. H. Paris, 23. Okt. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Die Finanzkommission der französischen Kammer beendet heute die Budgetberatungen, nachdem der Minister für die befreiten Gebiete über sein Budget gesprochen hatte.

Treue.

Aus dem Chinesischen.

Von Julius Berst.

Der Fürst von Sung war wie ein Steppenstier, majestätisch und stark. Er raffte Länder zusammen, wie andere Lebküchler pflegen. Er legte Wälder vom Boden, wie andere Fallobst lesen.

„Du hast gerecht regiert. Die Welt wird für dich zeugen. Aber dein Reich ist nicht das himmlische Erbe, die schon auf Erden dir zuteil wird.“

„Du hast gerecht regiert. Die Welt wird für dich zeugen. Aber dein Reich ist nicht das himmlische Erbe, die schon auf Erden dir zuteil wird.“

„Du hast gerecht regiert. Die Welt wird für dich zeugen. Aber dein Reich ist nicht das himmlische Erbe, die schon auf Erden dir zuteil wird.“

„Du hast gerecht regiert. Die Welt wird für dich zeugen. Aber dein Reich ist nicht das himmlische Erbe, die schon auf Erden dir zuteil wird.“

„Du hast gerecht regiert. Die Welt wird für dich zeugen. Aber dein Reich ist nicht das himmlische Erbe, die schon auf Erden dir zuteil wird.“

„Du hast gerecht regiert. Die Welt wird für dich zeugen. Aber dein Reich ist nicht das himmlische Erbe, die schon auf Erden dir zuteil wird.“

„Du hast gerecht regiert. Die Welt wird für dich zeugen. Aber dein Reich ist nicht das himmlische Erbe, die schon auf Erden dir zuteil wird.“

„Du hast gerecht regiert. Die Welt wird für dich zeugen. Aber dein Reich ist nicht das himmlische Erbe, die schon auf Erden dir zuteil wird.“

„Du hast gerecht regiert. Die Welt wird für dich zeugen. Aber dein Reich ist nicht das himmlische Erbe, die schon auf Erden dir zuteil wird.“

„Du hast gerecht regiert. Die Welt wird für dich zeugen. Aber dein Reich ist nicht das himmlische Erbe, die schon auf Erden dir zuteil wird.“

„Du hast gerecht regiert. Die Welt wird für dich zeugen. Aber dein Reich ist nicht das himmlische Erbe, die schon auf Erden dir zuteil wird.“

Der deutsche Botschafter bei Herriot.

F. H. Paris, 23. Okt. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Der deutsche Botschafter Herr v. Hoesch wurde heute vom Ministerpräsidenten Herrriot empfangen. Nach einer Mitteilung des deutschen Botschafters hätte er sich über Einzelheiten bei der Durchführung des Dawesplanes unterhalten.

Bayern und die Reichstagswahlen.

Reichsminister a. D. Hamm kandidiert nicht mehr für die Demokraten. — Eine Erklärung der Deutschen Volkspartei der Pfalz.

W. München, 23. Okt. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Zu den bevorstehenden Reichstagswahlen haben in Bayern bisher nur die Deutsche Volkspartei der Pfalz und die Münchener Demokraten Stellung genommen. In einer Mitgliederversammlung des Kleinverbandes München der Demokratischen Partei wurde mitgeteilt, daß die Demokraten nicht an der Reichstagsauflösung schuld seien.

Reichsminister a. D. Hamm erklärt hat, daß er ein Mandat für den Reichstag nicht wieder annimmt.

Der geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Volkspartei der Pfalz erklärt eine Erklärung in der es heißt:

Wir waren Gegner der Reichstagsauflösung, obwohl wir nur für parteimäßigen Gewinn zu erwarten haben. Aber jetzt handelt es sich um ein Wichtigeres. Sehtausende Volksgenossen sind ohne Arbeit, noch liegt das Wirtschaftsleben darnieder und der Winter steht vor der Tür.

Rücktritt des Bremer Senats.

III. Bremen, 23. Okt. (Drahtbericht.) Der Bürgerschaft ist vom Senat folgende Mitteilung zugegangen: „Nachdem die Bürgerschaft dem Senat durch ausdrücklichen Beschluß vom 17. Oktober ihr Vertrauen entzogen hat, tritt der Senat gemäß § 53 der Verfassung zurück und erlaubt die Bürgerschaft, in der vorgesehenen gesetzlichen Frist Neuwahlen vorzunehmen.“

Der Presseschef des Reichsverkehrsministeriums zurückgetreten.

III. Berlin, 23. Oktober. (Drahtbericht.) Wie die Telunion erzählt, ist der in Preßfreiheit sehr bekannte Oberregierungsrat Dr. Steuernagel von der Leitung der Pressabteilung des Reichsverkehrsministeriums zurückgetreten.

Die Rückgabe der beschlagnahmten Zechen.

III. Essen, 23. Okt. (Drahtbericht.) Wie nunmehr feststeht, werden die Zechen „Bittor Kern“ und „König Ludwig“ Montag, den 27. Oktober, nachts 12 Uhr, d. h. im letzten Augenblick von der französischen Verwaltung gemäß dem Londoner Abkommen ihren Eigentümern zurückgegeben werden.

Die Tätigkeit der Militärkontrollkommission.

III. Berlin, 23. Okt. (Drahtbericht.) In der Zeit vom 13. bis 18. Oktober hat, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, die interalliierte Militärkontrollkommission folgende Besichtigungen vorgenommen: 24 Truppeneinheiten, 31 militärische Anstalten und Verwaltungsstellen, 42 Polizeistellen und 30 Fabriken.

Auch eine belgische Kabinettskrisis?

F. H. Paris, 23. Okt. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Nach einer Mitteilung der „Stoffe Belge“ wäre das Kabinett Theunis bedroht. Die katholischen Abgeordneten der Kammer hätten kürzlich eine Besprechung abgehalten, wobei sie besprochen hätten, die neue Steuervorlage abzulehnen.

Die neue französische Anleihe.

F. H. Paris, 23. Okt. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Die neue französische Anleihe in Höhe von 4 Milliarden Franken wird am 10. November ausgeben werden. Der Finanzminister Clementel erwiderte, daß es zu der Ausgabe der Anleihe keines eigenen Gesetzes bedürfte, weil bereits die Pariser Kammer am 28. November 1923 den Beschluß faßte, daß der Finanzminister das Recht habe, im Jahre 1925 bis zu 18 Milliarden Franken Anleihen auszugeben.

Die Verurteilung des Mörders Bonserviz.

F. H. Paris, 23. Okt. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Heute abend wurde in Paris der Prozeß gegen den Mörder des französischen Journalisten Bonserviz, welcher die in Paris befindliche französische Abteilung leitete, beendet.

J.S. New York, 23. Okt. Eine Kabelmeldung aus Schanghai besagt, daß die Stadt Peking heute plötzlich von jeglicher telegraphischer Verbindung abgeschnitten ist.

Tages-Anzeiger.

(Abdruck siehe im Internatenteil.)

Freitag, den 24. Oktober.

Landestheater: „Was dem der Lug“, 7 1/2—10 Uhr.
Kolozeum: Variete-Vorstellung, 8 Uhr.
Eintracht: Wissenschaftl. Pädagog. Vortragsabend von Schriftsteller Ritter, 8 Uhr.

Ein Entsetzungsstück sollten alle Studenten vornehmen. Wir raten Ihnen, in Ihrer Apotheke 80 Gramm Silber erhältlich: Dr. Apollon, Kaiserstraße 201.

Tragödie zerfällt in Teile, die auch stilistisch voneinander unterschieden sind. Der erste Teil „Die Wölfe“ ist ein mit schwalligen Suedmanntraben durchsetztes Ibsendrama, die Geschichte einer Hedda Gabler, die in jodmüßiger Beziehung zu einem Wolfe steht.

Das Theater in der Königsgräber Straße brachte ein englisches Nachkriegsstück „Viktoria“ von Maugham. Ein in den Voraussetzungen taktlos, in den Abwandlungen flüchtig, aber amüsantes Stückchen.

Im Lustspielhaus wurde Käthe Dorsch in Zuldas antiquarier „Willingschwester“ Gelegenheit gegeben, ihre warme Menschlichkeit zu entfalten.

Eine Goethe-Reliquie unter dem Hammer. Ein Stammbuch, das eines der frühesten dichterischen Dokumente des jungen Goethe enthält, wird demnächst bei einer Versteigerung des Antiquariats Walter Schacht in Frankfurt am Main versteigert werden.

zahl bekannter Frankfurter vorzeitig. Von anderen interessanten Entwürfen ist die wichtigste die Vignette, der eine von ihm selbst mit grauer Tusch gemalte Vignette in seiner geistvoll-farbstoffigen Art erläutert.

Der „Wermolt“ in Amerika. Das mystische Stück „Wermolt“ von Rudolf Lothar wird zur Zeit in Amerika gespielt und hat dort wieder Erwarten einen großen Theatererfolg erzielt.

Ein Brief Schönbergs an das Wiener Volksopera-Orchester. Aus Anlaß der ersten Aufführung seiner „Glücklichen Hand“ hat Arnold Schönberg an das Orchester der Wiener Volksopera einen Brief gerichtet, worin er unter anderem sagt: „Ich habe das Bedürfnis, Ihnen für alles zu danken, was Sie für mein Werk getan und Ihnen zu tun, wie sehr ich Ihre Leistung schätze!“

Ein Kardinal als deutscher Ehrenbürger. Der in Rom lebende Kardinal Franz Ehrle, ein in der wissenschaftlichen Welt bekanntes Mitglied des Jesuitenordens, ist anlässlich seines neunundsechzigsten Geburtstages, den er in diesen Tagen begehen konnte, von der katholischen theologischen Fakultät der Universität Tübingen zum Ehrenbürger ernannt worden.

Eine lobbare Ausstellung. Das Landesmuseum in Darmstadt, das bereits durch die Böcklin-Stiftung des Freiherrn v. Heyl eine glänzende Erweiterung erfahren hat, ist jetzt durch die testamentarische Verfügung von Friedrich Marx in den Besitz einer neuen kostbaren Sammlung gelangt.

Niederdeutsche Ausstellung in Hamburg. Anlässlich einer niederdeutschen Tagung in Hamburg wurde dort auch eine Ausstellung niederdeutscher Dokumente in Schrift und Bild veranstaltet. Vor allem waren dabei vertreten: alte, mit Gold und bunten Farben verzierte Handschriften, Stadtrechte und „Messere“, die älteste erhaltene niederdeutsche Zeitung aus dem Jahre 1528, Apothekenverordnungen, alte Geographiekarten und anderes.

Aus Baden.

Badischer Städtebund.

(Verband der mittleren Städte Badens.)

Der Ausschuss des Badischen Städtebundes trat am 17. ds. Mts. unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. G u g e l m e i e r von L ö r r a c h zu einer Sitzung in O f f e n b u r g zusammen.

Der vom Justizministerium aufgestellte Gesetzentwurf über die Ausführung des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt wurde durchgesprochen und in einzelnen Punkten beanstandet.

Bei der Besprechung von Polizeifragen wurde festgestellt, daß die Städte mit Ortschaften durch die persönlichen Polizeikosten in weit höherer Weise belastet sind, als die Städte mit Staatspolizei.

Die vom Ministerium des Innern aufgestellte Mustersteuerordnung für eine Feuer- und Hagelversicherung wurde als genügend nicht angesehen.

Die Wiedereinführung der Wertzuwachssteuer soll nachdrücklich weiter betrieben werden. Durch die Nichterhebung dieser Steuer gehen den Städten sehr erhebliche Einnahmen nutzlos verloren.

Die Vorschläge des Finanzministers über die Grundzüge der Steuererleichterung zwischen Land und Gemeinden werden eingehend erörtert. Vor endgültiger Stellungnahme soll mit dem Badischen Städteverband und dem Badischen Gemeindeverband Rücksprache genommen werden.

Die Beschränkung der Steuer, die 3. Zt. erhoben wird, ist auch im Vergleich zu der in anderen Ländern erhobenen Steuer zu hoch.

Zu dem Entwurf einer Verordnung über die Handeischen werden im allgemeinen Bedenken nicht erhoben.

Tagung der Eisenbahnsekretäre und Vorsteher. Am Sonntag fand in Freiburg i. Br. eine aus allen Teilen des Landes überaus stark besuchte Vertretertagung der dem Reichsbund der Eisenbahnsekretäre und Vorsteher angeschlossenen ehemaligen badischen Eisenbahnsekretäre und Bahnhofsleiter statt.

Die Versammlung nahm eingehend Stellung zu dem Urteil, das der Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches in den Einfuhrfragen der ehemaligen badischen Landesbahnbeamten am 27. September 1924 in Leipzig fällte.

Die am heutigen Tage in Freiburg i. Br. zahlreich versammelten Vertreter des Landbezirks Baden des Reichsbundes der Eisenbahnsekretäre und Vorsteher haben mit größter Genugung von dem am 27. September d. J. in Leipzig gefällten Urteil des Staatsgerichtshofes Kenntnis genommen.

Bund badischer Arbeitgeberverbände.

Wie in Nr. 446 der „Badischen Presse“ (Samstag-Morgenausgabe) berichtet, tagte am Freitag in Karlsruhe eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Bundes badischer Arbeitgeberverbände, die in der Hauptsache zu den wichtigsten Fragen der sozialpolitischen Gesetzgebung (Arbeitszeit, Ratifikation des Washingtoner Abkommens, Erwerbslosenfürsorge) Stellung nahm.

Die badischen Arbeitgeber erwarten von der Reichs- und Landesregierung, daß die Fragen der Ratifikation des Washingtoner Abkommens und der Arbeitszeit, die bisher ausschließlich von politischen Gesichtspunkten aus behandelt wurden, nunmehr ausschlaggebend unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Belange behandelt werden.

Die bisher vom Internationalen Arbeitsamt, sowie von der Berner Konferenz der Arbeitsminister bekannt gewordenen Nachrichten lassen klar erkennen, daß auch auf diesem Wege seitens unserer früheren Freunde versucht wird, die deutsche Wirtschaft, von der schärfste Reparationsleistungen verlangt werden, minderleistungsfähig zu machen.

Die deutsche Wirtschaft muß verlangen, daß die Ratifikation, mit der Regelung der Arbeitszeit zusammenhängenden Fragen während der Dauer der Reparationsverpflichtungen in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der Steigerung der Produktion und der Exportfähigkeit der deutschen Wirtschaft behandelt werden, wobei ausdrücklich, wie schon früher, betont wird, daß die Arbeitgeber Gegner jeder rein schematischen Regelung der Arbeitszeit sind.

In voller Würdigung der Nachteile der derzeitigen Regelung der Erwerbslosenfürsorge stehen die badischen Arbeitgeber auf dem Standpunkt, daß die jetzige Übergangszeit in jeder Beziehung unannehmlich ist, der Industrie weitere Belastungen aufzuerlegen, sei es durch Einführung der Reichsversicherungsanstalt, sei es auch durch Schaffung einer Arbeitslosenversicherung.

Zur Bildung einer Reichsversicherungsgemeinschaft steht z. Zt. umso weniger Anlaß vor, als mit verhältnismäßig geringen Ausnahmen die Länder in der Lage sind, die Kosten der Erwerbslosenfürsorge in der jetzigen Form selbst zu tragen.

Die in Aussicht genommene Arbeitslosenversicherung bedeutet für die Wirtschaft mindestens eine Verdoppelung der derzeitigen Belastung.

Die Mutter unseres Oberbürgermeisters Frau Emma Joellier, geb. Hilfer, Witwe des Gemeindefeldrichters Dr. Max Joellier, ist in Freiburg im Alter von 80 Jahren gestorben.

1) Durlach, 23. Okt. (Selbsttötung.) Gestern Abend ließ sich ein 16 Jahre alter Blechmetzler aus Wöllingen bei Föhlingen vom Zuge überfahren und war sofort tot.

2) Mannheim, 23. Okt. Einen Dreimillionenüberschuß hat die Stadt Mannheim aus dem Jahre 1923 erzielt, wie aus einer Vorlage des Stadtrats an den Bürgerausschuß hervorgeht.

3) Mannheim, 23. Okt. (Unterstützung von Umsturzbestrebungen.) Weder Gewährung von Unterkunft an Funktionäre der kommunistischen Partei hatten sich vier Personen, die Eheleute Monteur Walter Braun und Schlosser Karl G ü b e l vor dem Großen Schöffengericht zu verantworten.

4) Heidelberg, 23. Okt. (Schnecker Tod.) Infolge Schlaganfalls starb gestern unerwartet der allseits beliebte Eisenbahn-Direktor der Oberrheinischen Eisenbahngesellschaft Hol. S c h n e i d e r.

5) Weersburg, 23. Okt. (Der 1924er.) Der Weersburger 1924er darf als ein guter Tropfen bezeichnet werden. Das Mostgewicht betrug für Rotwein durchschnittlich 75, bei Weißwein, 60 Grad.

6) Karlsruhe, 23. Okt. (Der 1924er.) Der Weersburger 1924er darf als ein guter Tropfen bezeichnet werden. Das Mostgewicht betrug für Rotwein durchschnittlich 75, bei Weißwein, 60 Grad.

7) Karlsruhe, 23. Okt. (Der 1924er.) Der Weersburger 1924er darf als ein guter Tropfen bezeichnet werden. Das Mostgewicht betrug für Rotwein durchschnittlich 75, bei Weißwein, 60 Grad.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 24. Oktober.

Schlusssitzung der Freiwilligen Feuerwehr.

An der Humboldtschule fand am Donnerstag die Schlußsitzung der Freiwilligen Feuerwehr mit der Bahnhofsfeuerwehr und der Feuerwehrt der Ausbesserungswerkstätte, also 6 Kompanien, statt und nahm einen befriedigenden Verlauf.

Der Abzug lag folgende Idee zu Grunde: Man nahm an, daß auf dem Dachboden Feuer ausgebrochen sei. Das Feuer kam erst richtig zum Ausbruch und wurde bemerkt, als durch Öffnen der Türe frische Luft zugeführt wurde.

Die Aufstellung war eine sehr geschickte, und dem Oberkommandanten Heuser gebührt Dank und Anerkennung. Im Ernstfalle wäre das Gebäude in kurzer Zeit mit Wasser übersprüht worden.

Die Aufstellung war eine sehr geschickte, und dem Oberkommandanten Heuser gebührt Dank und Anerkennung. Im Ernstfalle wäre das Gebäude in kurzer Zeit mit Wasser übersprüht worden.

Die Aufstellung war eine sehr geschickte, und dem Oberkommandanten Heuser gebührt Dank und Anerkennung. Im Ernstfalle wäre das Gebäude in kurzer Zeit mit Wasser übersprüht worden.

Auszahlung der Invaliden, Unfall- und Witwenrenten.

Die Auszahlung der Invaliden, Unfall- und Witwenrenten gelang von den Postanstalten am 1. November (Allerheiligen) zur Auszahlung, und zwar in den Vormittagsstunden.

Am das Faulen der Kartoffeln zu verhüten. In diesem Jahre, wo die Kartoffeln vielfach bereits im Boden die Reizung zum Faulen zeigten, muß damit gerechnet werden, daß auch die Haltbarkeit beim Lagern zu wünschen übrig läßt.

Die Auszahlung der Invaliden, Unfall- und Witwenrenten gelang von den Postanstalten am 1. November (Allerheiligen) zur Auszahlung, und zwar in den Vormittagsstunden.

Die Auszahlung der Invaliden, Unfall- und Witwenrenten gelang von den Postanstalten am 1. November (Allerheiligen) zur Auszahlung, und zwar in den Vormittagsstunden.

Die Auszahlung der Invaliden, Unfall- und Witwenrenten gelang von den Postanstalten am 1. November (Allerheiligen) zur Auszahlung, und zwar in den Vormittagsstunden.

Die Auszahlung der Invaliden, Unfall- und Witwenrenten gelang von den Postanstalten am 1. November (Allerheiligen) zur Auszahlung, und zwar in den Vormittagsstunden.

Die Auszahlung der Invaliden, Unfall- und Witwenrenten gelang von den Postanstalten am 1. November (Allerheiligen) zur Auszahlung, und zwar in den Vormittagsstunden.

Die Auszahlung der Invaliden, Unfall- und Witwenrenten gelang von den Postanstalten am 1. November (Allerheiligen) zur Auszahlung, und zwar in den Vormittagsstunden.

Die Auszahlung der Invaliden, Unfall- und Witwenrenten gelang von den Postanstalten am 1. November (Allerheiligen) zur Auszahlung, und zwar in den Vormittagsstunden.

des Staates erinnerte und sie ermahnte, dieser Pflicht stets eingedenk zu sein. Den Höhepunkt des Abend bildete die Ansprache des Generalsekretärs der Deutschen Volkspartei, des Herrn B u m a n n.

Der Ausschuss des Badischen Städtebundes trat am 17. ds. Mts. unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. G u g e l m e i e r von L ö r r a c h zu einer Sitzung in O f f e n b u r g zusammen.

Bei der Besprechung von Polizeifragen wurde festgestellt, daß die Städte mit Ortschaften durch die persönlichen Polizeikosten in weit höherer Weise belastet sind, als die Städte mit Staatspolizei.

Die vom Ministerium des Innern aufgestellte Mustersteuerordnung für eine Feuer- und Hagelversicherung wurde als genügend nicht angesehen.

Die Wiedereinführung der Wertzuwachssteuer soll nachdrücklich weiter betrieben werden. Durch die Nichterhebung dieser Steuer gehen den Städten sehr erhebliche Einnahmen nutzlos verloren.

Die Vorschläge des Finanzministers über die Grundzüge der Steuererleichterung zwischen Land und Gemeinden werden eingehend erörtert.

Die Beschränkung der Steuer, die 3. Zt. erhoben wird, ist auch im Vergleich zu der in anderen Ländern erhobenen Steuer zu hoch.

Zu dem Entwurf einer Verordnung über die Handeischen werden im allgemeinen Bedenken nicht erhoben.

Tagung der Eisenbahnsekretäre und Vorsteher. Am Sonntag fand in Freiburg i. Br. eine aus allen Teilen des Landes überaus stark besuchte Vertretertagung der dem Reichsbund der Eisenbahnsekretäre und Vorsteher angeschlossenen ehemaligen badischen Eisenbahnsekretäre und Bahnhofsleiter statt.

Die Versammlung nahm eingehend Stellung zu dem Urteil, das der Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches in den Einfuhrfragen der ehemaligen badischen Landesbahnbeamten am 27. September 1924 in Leipzig fällte.

Die am heutigen Tage in Freiburg i. Br. zahlreich versammelten Vertreter des Landbezirks Baden des Reichsbundes der Eisenbahnsekretäre und Vorsteher haben mit größter Genugung von dem am 27. September d. J. in Leipzig gefällten Urteil des Staatsgerichtshofes Kenntnis genommen.

Die am heutigen Tage in Freiburg i. Br. zahlreich versammelten Vertreter des Landbezirks Baden des Reichsbundes der Eisenbahnsekretäre und Vorsteher haben mit größter Genugung von dem am 27. September d. J. in Leipzig gefällten Urteil des Staatsgerichtshofes Kenntnis genommen.

Die am heutigen Tage in Freiburg i. Br. zahlreich versammelten Vertreter des Landbezirks Baden des Reichsbundes der Eisenbahnsekretäre und Vorsteher haben mit größter Genugung von dem am 27. September d. J. in Leipzig gefällten Urteil des Staatsgerichtshofes Kenntnis genommen.

Die am heutigen Tage in Freiburg i. Br. zahlreich versammelten Vertreter des Landbezirks Baden des Reichsbundes der Eisenbahnsekretäre und Vorsteher haben mit größter Genugung von dem am 27. September d. J. in Leipzig gefällten Urteil des Staatsgerichtshofes Kenntnis genommen.

Aus den Nachbarländern.

Baden, 22. Okt. Im 65. Lebensjahre ist in Heidelberg Pfarrer Jakob N i t z von Gleisweiler gestorben. Er hatte schon längere Zeit an einer hartnäckigen Krankheit gelitten.

Bad Dürkheim, 22. Okt. Das Amtsgericht verurteilte gestern den Weintommissionär Heinrich D ö r r aus Wachenheim, in dem einer Wurstmarkt Halle einem Mädchen das Handtäschchen, in dem sich eine Taschenuhr, ein Geldtäschchen mit Inhalt u. a. m. befand, entwendet hatte, und sich mehrere Zeugnisaussagen fälschlich gemacht hatte, zu 4 Monaten Gefängnis.

Ludwigshafen, 22. Okt. Gestern fand vor dem Großen Schöffengericht des Amtsgerichts Ludwigshafen die Verhandlung gegen den bereits vielfach vorbestraften ledigen 24 Jahre alten Rangierer Friedr. D r o s t n i s k i aus Mundenheim wegen schweren Raubes, verübt in Mundenheim und wegen Überfalls gegen die Staatsgewalt in Mundenheim und wegen Überfalls gegen die Staatsgewalt in Mundenheim statt.

Die Auszahlung der Invaliden, Unfall- und Witwenrenten gelang von den Postanstalten am 1. November (Allerheiligen) zur Auszahlung, und zwar in den Vormittagsstunden.

Die Auszahlung der Invaliden, Unfall- und Witwenrenten gelang von den Postanstalten am 1. November (Allerheiligen) zur Auszahlung, und zwar in den Vormittagsstunden.

Die Auszahlung der Invaliden, Unfall- und Witwenrenten gelang von den Postanstalten am 1. November (Allerheiligen) zur Auszahlung, und zwar in den Vormittagsstunden.

Die Auszahlung der Invaliden, Unfall- und Witwenrenten gelang von den Postanstalten am 1. November (Allerheiligen) zur Auszahlung, und zwar in den Vormittagsstunden.

Die Auszahlung der Invaliden, Unfall- und Witwenrenten gelang von den Postanstalten am 1. November (Allerheiligen) zur Auszahlung, und zwar in den Vormittagsstunden.

Die Auszahlung der Invaliden, Unfall- und Witwenrenten gelang von den Postanstalten am 1. November (Allerheiligen) zur Auszahlung, und zwar in den Vormittagsstunden.

Die Auszahlung der Invaliden, Unfall- und Witwenrenten gelang von den Postanstalten am 1. November (Allerheiligen) zur Auszahlung, und zwar in den Vormittagsstunden.

Die Auszahlung der Invaliden, Unfall- und Witwenrenten gelang von den Postanstalten am 1. November (Allerheiligen) zur Auszahlung, und zwar in den Vormittagsstunden.

Die Auszahlung der Invaliden, Unfall- und Witwenrenten gelang von den Postanstalten am 1. November (Allerheiligen) zur Auszahlung, und zwar in den Vormittagsstunden.

Die Auszahlung der Invaliden, Unfall- und Witwenrenten gelang von den Postanstalten am 1. November (Allerheiligen) zur Auszahlung, und zwar in den Vormittagsstunden.



Bei Rheuma zum Einreiben. Glieder Schmerzen, Reizen, Seigenschuß, Neuralgien seit Jahrzehnten bewährt.

Die erste Verbindung mit dem Mars.

Endlich ist es gelungen, eine arch angelegte Marsdemonstration zur Durchführung zu bringen. Viel zu lange dauerte schon der Streit der Behörden, für welches System man sich entscheiden sollte.

Die Auszahlung der Invaliden, Unfall- und Witwenrenten gelang von den Postanstalten am 1. November (Allerheiligen) zur Auszahlung, und zwar in den Vormittagsstunden.

Die Auszahlung der Invaliden, Unfall- und Witwenrenten gelang von den Postanstalten am 1. November (Allerheiligen) zur Auszahlung, und zwar in den Vormittagsstunden.

Die Auszahlung der Invaliden, Unfall- und Witwenrenten gelang von den Postanstalten am 1. November (Allerheiligen) zur Auszahlung, und zwar in den Vormittagsstunden.

Die Auszahlung der Invaliden, Unfall- und Witwenrenten gelang von den Postanstalten am 1. November (Allerheiligen) zur Auszahlung, und zwar in den Vormittagsstunden.





